



Gudrun Schnetter
Referat Öffentliche Finanzen, Personal im
öffentlichen Dienst

Telefon: 036 81 354260

E-Mail: Gudrun.Schnetter@statistik.thueringen.de

Gemeindefinanzen in Thüringen 2011

Die Thüringer Städte und Gemeinden sowie die Landkreise und Verwaltungsgemeinschaften hatten im Jahr 2011 Gesamtausgaben in Höhe von insgesamt 4,8 Mrd. Euro. Diesen standen Gesamteinnahmen von 4,9 Mrd. Euro gegenüber.

Aus dem Saldo zwischen Ausgaben und Einnahmen errechnete sich in der finanzstatistischen Abgrenzung im Jahr 2011 ein Finanzierungsüberschuss von 160 Mill. Euro.

Die Tilgung von Kreditmarktmitteln durch die Kommunen lag mit insgesamt 287 Mill. Euro um 106 Mill. Euro über der Neuaufnahme von Krediten. Die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich betragen nach der jährlichen Schuldenstatistik am Ende des Jahres 2011 rund 2,2 Mrd. Euro und entsprachen damit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 995 Euro, 50 Euro weniger als 2010.

Vorbemerkungen

Mit den nachfolgenden Ausführungen soll ein Überblick über das finanzielle Ergebnis der Kommunalhaushalte im Jahr 2011 sowie ein erster Ausblick auf das Jahr 2012 gegeben werden.

Basis dafür bilden die Daten der vierteljährlichen Kassenstatistik sowie der jährlichen Schuldenstatistik, die einen Überblick über die Entwicklung der kommunalen Finanzen vermitteln und eine wichtige Grundlage für wirtschafts- und finanzpolitische Entscheidungen bilden.

Im Mittelpunkt stehen die wesentlichen Ausgabe- und Einnahmepositionen der Kommunalhaushalte sowie der aktuelle Schuldenstand.

Zum Berichtskreis gehören alle Städte und Gemeinden sowie die Gemeindeverbände (Verwaltungsgemeinschaften und Landratsämter) des Landes. Die Ausgaben und Einnahmen der ausgegliederten Extrahaushalte (Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die dem Staatssektor zugehören) werden ebenfalls vierteljährlich erhoben, werden hier aber nicht dargestellt.

Grundlage für die Berechnungen je Einwohner bilden die amtlichen Bevölkerungszahlen am 30.6. des jeweiligen Jahres.

Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen

Die Gemeinden und Gemeindeverbände hatten im Jahr 2011 **Ausgaben** in Höhe von 4 781 Mill. Euro, das waren 2 147 Euro je Einwohner (EW). Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Ausgabenanstieg um 53 Mill. Euro oder 1,1 Prozent. Den größten absoluten Anstieg gab es beim laufenden Sachaufwand, bei den sozialen Leistungen (einschließlich den aufgabenbezogenen Leistungsbeteiligungen nach dem SGB II) und den Personalausgaben bei gleichzeitig sinkenden Sachinvestitionen. Nach den aktuellsten Ergebnissen über die drei ersten Quartale des Jahres 2012 ist ein Rückgang der Ausgaben gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu verzeichnen, zurückzuführen auf weiter sinkende Sachinvestitionen sowie stark verringerte Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen.

Im gleichen Zeitraum stiegen die kommunalen **Einnahmen** um 229 Mill. Euro oder 4,9 Prozent auf 4 941 Mill. Euro (2 219 Euro je Einwohner).

Positiver Finanzierungssaldo durch gestiegene Steuereinnahmen

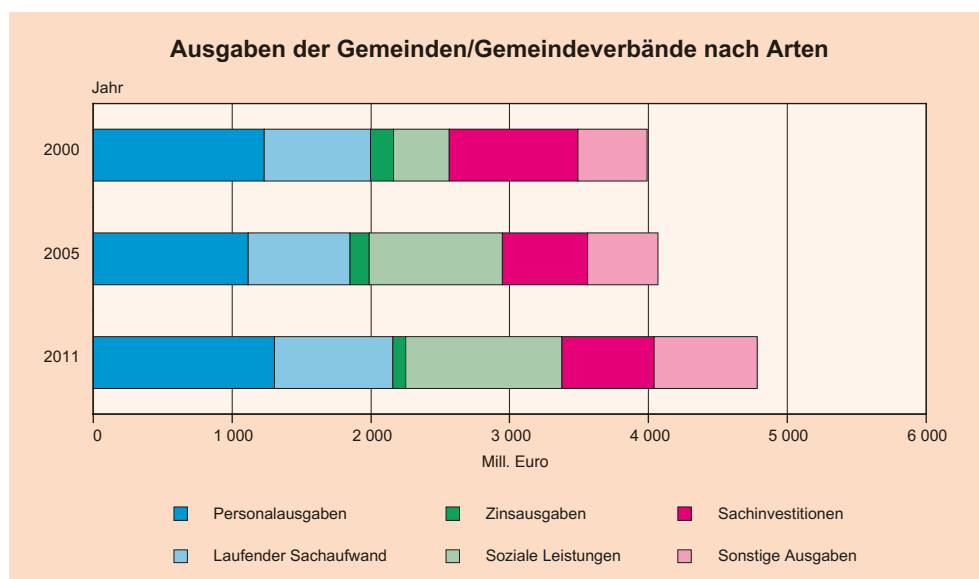
Hauptgründe dafür waren die um 154 Mill. Euro angewachsenen Steuereinnahmen und die höheren Finanzaufweisungen vom Land. In den ersten drei Quartalen 2012 ist bei den Einnahmen, wie schon bei den Ausgaben, ein Rückgang zu erkennen, vorrangig entstanden durch geringere Finanzaufweisungen vom Land.

Der positive **Finanzierungssaldo** des Jahres 2011 als Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen in Höhe von 160 Mill. Euro (2010 = Defizit von 16 Mill. Euro) wurde zum großen Teil zum Schuldenabbau verwendet.

Gesamtausgaben und Gesamteinnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände ¹⁾

Jahr	Gesamtausgaben ¹⁾	Gesamteinnahmen ¹⁾	Finanzierungssaldo (Defizit -, Überschuss +)	
			Mill. Euro	Euro je EW
2007	4 366	4 635	+ 269	+ 117
2008	4 515	4 797	+ 282	+ 124
2009	4 750	4 771	+ 21	+ 9
2010	4 728	4 713	- 16	- 7
2011	4 781	4 941	+ 160	+ 72

1) ohne haushaltstechnische Verrechnungen, ohne besondere Finanzierungsvorgänge und bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene



Ausgaben

Auf der Ausgabenseite der Kommunalhaushalte bilden die **Personalausgaben** einen gewichtigen Einzelposten. Sie lagen im Jahr 2011 bei 1 308 Mill. Euro oder 587 Euro je Einwohner. Im Vergleich zum Vorjahr ist hier ein Anstieg um 25 Mill. Euro bzw. 1,9 Prozent festzustellen, der vorrangig auf die im Jahr 2011 wirksam gewordenen Tarifvereinbarungen für den öffentlichen Dienst sowie auf einen leichten Beschäftigtenanstieg zurückzuführen ist. Per 30.9.2012 betrug der Anstieg der Aufwendungen für das Personal 2,7 Prozent, auch durch Mehrausgaben für die Kinderbetreuung bei den Gemeinden, die die Betreuung in Eigenregie durchführen.

Anstieg bei Personalausgaben

Gemessen an den Gesamtausgaben lag der Anteil der Personalausgaben wie im Jahr zuvor bei 27,4 Prozent.

Entwicklung der Beschäftigten und der Personalausgaben in den Kernhaushalten der Gemeinden/Gemeindeverbände

Merkmal	Einheit	2009	2010	2011
Beschäftigte	Anzahl	32 001	32 544	32 681
Veränderung gegenüber dem Vorjahr	%	+ 2,5	+ 1,7	+ 0,4
Personalausgaben	Mill. Euro	1 257	1 283	1 308
Veränderung gegenüber dem Vorjahr	%	+ 5,9	+ 2,0	+ 1,9

Im Vergleich der neuen Bundesländer hatten die Thüringer Gemeinden und Gemeindeverbände im Jahr 2011 bei den Personalausgaben je Einwohner mit 587 Euro nach Mecklenburg-Vorpommern (551 Euro) die zweitniedrigsten Ausgaben. Sie lagen um 27 Euro unter dem Durchschnitt der neuen Bundesländer und um 24 Euro unter dem Niveau der Länder des früheren Bundesgebietes. Die Entwicklung der Personalausgaben je Einwohner der neuen Bundesländer wurde zusätzlich durch die rückläufige Bevölkerungsentwicklung beeinflusst.

Thüringen zweitniedrigste Personalausgaben je Einwohner im Vergleich der neuen Länder

Personalausgaben der Gemeinden/Gemeindeverbände nach Ländern in Euro je Einwohner

Flächenländer	2009	2010	2011
Mecklenburg-Vorpommern	545	540	551
Thüringen	557	572	587
Sachsen	575	581	596
Sachsen-Anhalt	624	623	630
Brandenburg	660	673	697
neue Bundesländer	593	600	614
früheres Bundesgebiet	580	596	611

Neben den Personalausgaben stellt der **laufende Sachaufwand** im Verwaltungshaushalt der Kommunen eine wichtige Größe dar. Hierzu zählen u.a. der gesamte sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand, wie Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen, Geräte und Ausrüstungsgegenstände, Ausgaben für Mieten und Pachten, Haltung von Fahrzeugen, Schülerbeförderungskosten, Geschäftsausgaben usw.

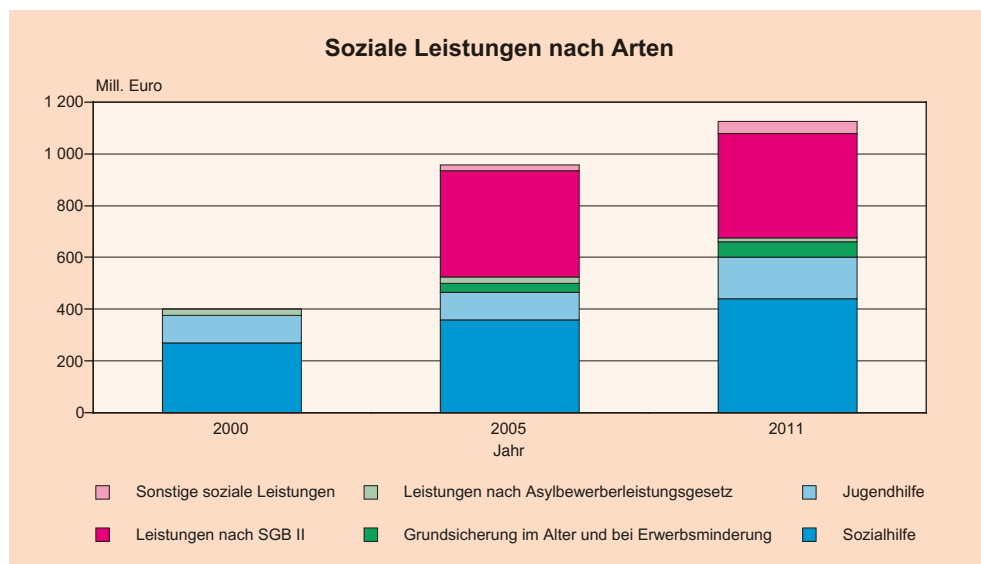
Höhere Ausgaben für den laufenden Sachaufwand

Im Jahr 2011 mussten die Kommunen dafür insgesamt 850 Mill. Euro aufbringen, im Jahr zuvor waren es 818 Mill. Euro. Dieser Anstieg ist vorrangig auf höhere Kosten zur Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens, für die Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen, auf höhere Geschäftsausgaben sowie die gestiegenen Unterhaltungskosten für Grundstücke und bauliche Anlagen zurückzuführen.

Weiterer Anstieg der sozialen Leistungen

Für **soziale Leistungen**, wie Sozialhilfeleistungen, Leistungen der Jugendhilfe, Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie diverse Zahlungen im Rahmen von Hartz IV wurden im Jahr 2011 durch die Gemeinden und Gemeindeverbände 1 127 Mill. Euro ausgegeben.

Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Anstieg um 2,7 Prozent bzw. 30 Mill. Euro. Damit setzt sich der Anstieg der vergangenen Jahre weiter fort. Fast jeder vierte Euro wird für soziale Leistungen ausgegeben. 2012 ist in den ersten neun Monaten ein Wachstum um 3,2 Prozent vorhanden.



Bei den Landkreisen und kreisfreien Städten als Träger der Sozialhilfe war ein Anstieg der Sozialhilfeausgaben um 16 Mill. Euro auf insgesamt 440 Mill. Euro zu verzeichnen.

Die Ausgaben für Leistungen der Jugendhilfe lagen mit 162 Mill. Euro um 14 Mill. Euro über dem Vorjahresniveau.

Die Leistungen nach dem Gesetz über eine bedarfsgerechte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung erhöhten sich gegenüber dem Jahr zuvor um 6 Mill. Euro und erreichten ein Volumen von 59 Mill. Euro.

Für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz wurden mit insgesamt 14 Mill. Euro rund eine halbe Mill. Euro mehr gezahlt als im Vorjahr.

Die Zahlungen der kreisfreien Städte und Landkreise in Form von Leistungsbeteiligungen zum ALG II an die Arbeitsgemeinschaften betragen 313 Mill. Euro sowie die direkt gezahlten Leistungen an Arbeitsuchende 90 Mill. Euro. Gegenüber 2010 sanken die Leistungen um 5 Mill. bzw. 9 Mill. Euro.

Die sonstigen sozialen Leistungen, zu denen neben den Ausgaben für 1-Euro-Jobs und Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz u.a. Leistungen nach dem Thüringer Blindengeldgesetz, Zahlungen nach dem SED-Unrechtsbereinigungsgesetz sowie dem Berufsrehabilitationsgesetz gehören, betragen 48 Mill. Euro und somit 7 Mill. Euro mehr als im Jahr zuvor.

Der Anstieg der Sozialhilfeausgaben und der sonstigen sozialen Leistungen in 2011 ist u.a. auf die neu eingeführten Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes zurückzuführen.

Die Ausgaben für **Sachinvestitionen** sind nach dem Auslaufen des Konjunkturpaketes II auf das Niveau von 2007 zurückgegangen.

Ausgaben für Sachinvestitionen gesunken

Ausgaben für Sachinvestitionen in Mill. Euro

	2009	2010	2011
Baumaßnahmen	695	654	581
Erwerb von Sachvermögen	91	87	80
Sachinvestitionen insgesamt	786	740	661
Veränderung zum Vorjahr in %	+ 14,1	- 5,8	- 10,7

Es wurden 79 Mill. Euro weniger investiert als im Jahr zuvor. Insgesamt gaben die Gemeinden und Gemeindeverbände 661 Mill. Euro (2007 = 668 Mill. Euro) für Sachinvestitionen aus. Der deutliche Rückgang um 10,7 Prozent, der sich in den ersten neun Monaten 2012 mit 13,3 Prozent fortsetzt, ist dem Wegfall des Konjunkturpaketes geschuldet. Verstärkt zeichnet sich diese Entwicklung bei den Baumaßnahmen ab, da dieser Bereich gefördert wurde. Der Erwerb von Sachvermögen enthielt keine geförderten Elemente und ging durch die Finanzzwänge der Kommunen kontinuierlich zurück.

Die Ausgaben für Baumaßnahmen gingen um 73 Mill. Euro oder 11,1 Prozent auf insgesamt 581 Mill. Euro zurück, die Ausgaben für den Erwerb von Sachvermögen sanken um 6 Mill. Euro auf 80 Mill. Euro.

Die Sachinvestitionsquote (Ausgaben für Sachinvestitionen gemessen an den Gesamtausgaben) lag im Jahr 2011 bei 14 Prozent. Sie lag damit auf gleichem Niveau wie beim Durchschnitt der neuen Bundesländer und zwei Prozentpunkte über dem des früheren Bundesgebietes.

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Ausgaben für Baumaßnahmen insbesondere in den Aufgabenbereichen Schulen und Straßen beträchtlich gesunken.

Entwicklung bei Bauinvestitionen nach Bereichen unterschiedlich

Ausgaben für Baumaßnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände nach ausgewählten Aufgabenbereichen

Aufgabenbereich	2009		2010		2011		Veränderung 2011 zu 2010 in %
	Mill. Euro	Euro je EW	Mill. Euro	Euro je EW	Mill. Euro	Euro je EW	
Schulen	96	43	119	53	106	48	- 11,2
Städteplanung	107	48	82	37	77	34	- 6,8
Straßen	194	86	161	72	147	66	- 8,7
Abwasserbeseitigung	7	3	8	2	12	5	+ 54,0
Allgemeines Grundvermögen	38	17	41	18	40	18	- 3,8
Insgesamt	695	308	654	292	581	261	- 11,1

Einnahmen

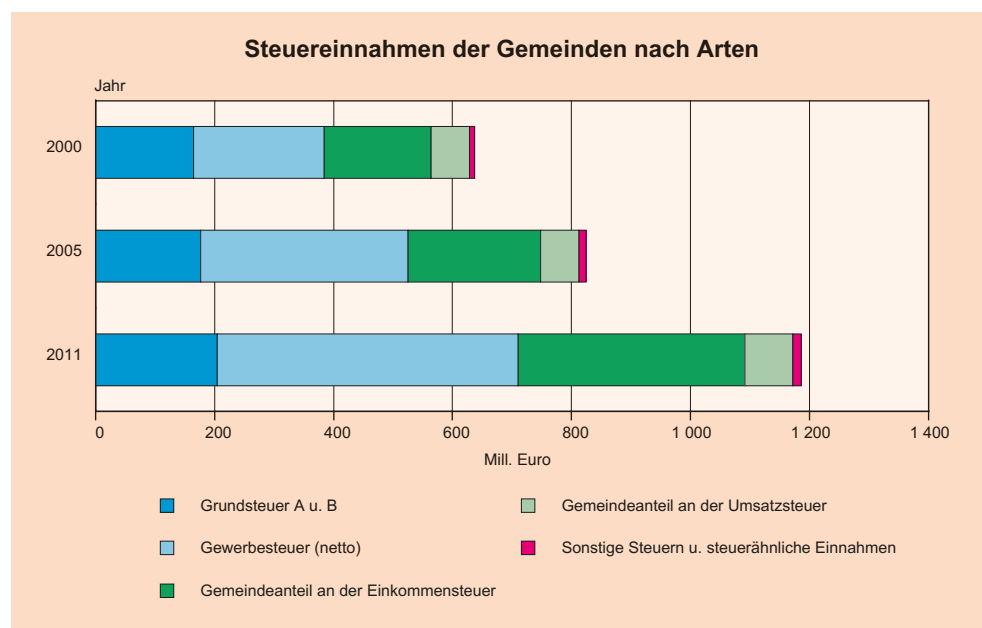
Die **Steuereinnahmen** als wichtigste originäre kommunale Einnahme beliefen sich im Jahr 2011 auf 1 186 Mill. Euro. Ihr Anteil an den Gesamteinnahmen lag bei 24 Prozent (Neue Bundesländer = 25 Prozent, früheres Bundesgebiet = 40 Prozent).

Ein Viertel der Ausgaben durch Steuereinnahmen gedeckt

Die Steuerdeckungsquote (Anteil der Steuereinnahmen an den Gesamtausgaben) erreichte 25 Prozent. Genau jeder vierte Ausgabeneuro wurde in Thüringen durch Steuereinnahmen gedeckt.

Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Steuereinnahmen um 154 Mill. Euro (+ 15,0 Prozent).

Gemessen an den anderen neuen Bundesländern nahm Thüringen bei den Steuereinnahmen je Einwohner mit 532 Euro nach Mecklenburg-Vorpommern (507 Euro) den vorletzten Platz ein (Neue Bundesländer = 566 Euro; früheres Bundesgebiet = 992 Euro) und erreichte damit etwas mehr als die Hälfte des Niveaus der alten Bundesländer.



Mit einem Anteil von 42,6 Prozent (Vorjahr: 41,5 Prozent) an den Steuereinnahmen insgesamt war im Jahr 2011 die Gewerbesteuer (netto; das heißt, nach Abzug der Gewerbesteuerumlage) mit 505 Mill. Euro die ergiebigste Steuerart. Gegenüber 2010 erhöhten sich die Einnahmen aus der Gewerbesteuer um 77 Mill. Euro bzw. 18,0 Prozent.

Ergiebigste Steuer ist die Gewerbesteuer

Aus Grundsteuern A und B flossen im gleichen Jahr mit 205 Mill. Euro um 21 Mill. Euro höhere Beträge als im Vorjahr in die Gemeindekassen.

Aus dem konjunkturabhängigen Gemeindeanteil an der Einkommensteuer nahmen die Gemeinden 381 Mill. Euro ein, 50 Mill. Euro mehr als vor Jahresfrist. Weitere Zahlungen in Höhe von 81 Mill. Euro (+4 Mill. Euro) erhielten die Kommunen aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer.

Mit 14 Mill. Euro oder einem Prozent Anteil an den gesamten Steuereinnahmen nehmen sich die sonstigen Steuern und steuerähnlichen Einnahmen, wie Vergnügungssteuer, Hundesteuer, Jagdsteuer usw. dagegen eher gering aus. Die Hundesteuer und die Vergnügungssteuer sind mit 6 Mill. bzw. 5 Mill. Euro die ergiebigsten sonstigen Steuern.

Steuereinnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände

Steuerart	2009		2010		2011		Veränderung 2011 zu 2010 in %
	Mill. Euro	Euro je EW	Mill. Euro	Euro je EW	Mill. Euro	Euro je EW	
Grundsteuer A + B	177	78	184	82	205	92	+ 11,4
Gewerbesteuer (netto)	414	184	428	191	505	227	+ 18,0
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	324	143	331	148	381	171	+ 15,1
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	75	33	77	34	81	36	+ 5,4
Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	11	5	12	5	14	6	+ 19,1
Insgesamt	1 001	444	1 031	460	1 186	532	+ 15,0

In den ersten drei Quartalen 2012 stiegen die Steuereinnahmen um 7,3 Prozent. Wie im Vorjahr ist die Steigerung besonders hoch bei der Gewerbesteuer und den sonstigen Steuern und steuerähnlichen Einnahmen, wobei letztere durch ihr geringes Volumen zum Anstieg insgesamt nur wenig beitragen. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer stieg nur um 3,7 Prozent. Auch die Einnahmen aus den Grundsteuern erhöhten sich mit 5,0 Prozent nur noch halb so stark wie im Jahr 2011. Der Einmaleffekt der Hebesatzserhöhungen führte insbesondere 2011 zu Zuwächsen im zweistelligen Bereich.

Die **Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb**, zu denen u.a. neben Gebühreneinnahmen und Abgaben auch die Einnahmen aus Mieten und Pachten, Einnahmen aus Verkauf sowie aus Gewinnanteilen und Konzessionsabgaben zählen, sind mit insgesamt 621 Mill. Euro gegenüber dem Vorjahr um 11 Mill. Euro gestiegen.

Leicht gestiegene Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb

Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb der Gemeinden/Gemeindeverbände

Merkmal	2009		2010		2011		Veränderung 2011 zu 2010 in %
	Mill. Euro	Euro je EW	Mill. Euro	Euro je EW	Mill. Euro	Euro je EW	
Gebühren, sonstige Entgelte	319	141	309	138	323	145	+ 4,6
darunter							
Verwaltungsgebühren	57	25	63	28	68	31	+ 8,0
Benutzungsgebühren u.ä.	228	101	211	94	222	100	+ 5,1
Zweckgebundene Abgaben	3	1	3	1	3	1	- 8,6
Übrige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen	175	78	182	81	181	81	- 0,5
darunter							
Einnahmen aus Verkauf	29	13	32	14	37	17	+ 14,5
Mieten und Pachten	88	39	91	41	89	40	- 1,8
Gewinnanteile, Konzessionsabgaben	105	46	119	53	116	52	- 1,8
Insgesamt	599	265	610	272	621	279	+ 1,8

Dazu beigetragen haben gestiegene Einnahmen aus Benutzungsgebühren und ähnlichen Entgelten, Verwaltungsgebühren und aus dem Verkauf.

Aus Gewinnanteilen von Unternehmen und aus Konzessionsabgaben nahmen die Kommunen insgesamt 116 Mill. Euro ein, wobei 4 Mill. Euro aus Gewinnanteilen mehr und aus Konzessionsabgaben 7 Mill. Euro weniger in die Gemeindekassen flossen als im Vorjahr. Die geflossenen Gewinnanteile von Unternehmen und Beteiligungen betragen 49 Mill. und die Konzessionsabgaben 67 Mill. Euro im Jahr 2011.

Die weiteren Finanzeinnahmen waren mit 30 Mill. mehr als eine Mill. Euro geringer als im Vorjahr. An Bußgeldern und Einnahmen aus der Verzinsung von Steuernachforderungen wurden 11 Mill. bzw. 10 Mill. Euro eingenommen.

Schulden

Die positive Entwicklung der Nettokreditaufnahme (Schuldenaufnahme am Kreditmarkt minus Schuldentilgung am Kreditmarkt) ist ein Resultat der ständigen Sparbemühungen der Kommunen.

Schuldenabbau durch höhere Schuldentilgungen als Neuaufnahmen

Seit 1999 liegen die Tilgungsraten über den Neuaufnahmen von Krediten. 2011 konnten durch die Thüringer Kommunen 106 Mill. Euro (Vorjahr 88 Mill. Euro) mehr getilgt werden als neue Kreditmarktmittel aufgenommen wurden.

Die **Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich** beliefen sich am Ende des Jahres 2011 auf 2 215 Mill. Euro und entsprachen damit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 995 Euro. Von den 2,2 Mrd. Euro waren 94,0 Prozent Kredite und 6,0 Prozent Kassenkredite zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsschwierigkeiten.

Schulden der Gemeinden/Gemeindeverbände

Schulden	2010		2011		Veränderung 2011 zu 2010 in %
	Mill. Euro	Euro je EW	Mill. Euro	Euro je EW	
Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	175	78	182	82	+ 3,9
Schuldentilgung am Kreditmarkt	263	117	287	129	+ 9,4
Schulden beim nicht- öffentlichen Bereich	2 343	1 045	2 215	995	- 5,5
davon					
Kassenkredite	164	73	134	60	- 18,4
Kredite	2 179	972	2 081	935	- 4,5

Ein Vergleich der Pro-Kopf-Verschuldung der Thüringer Gemeinden und Gemeindeverbände mit der der anderen neuen Bundesländer zeigt, dass die Kommunen in Sachsen-Anhalt (1 445 Euro) am höchsten verschuldet sind vor den Kommunen von Mecklenburg-Vorpommern (1 153 Euro). Danach folgen die Thüringer (995 Euro) und dann die Brandenburger Gemeinden und Gemeindeverbände (877 Euro). Die Kommunen Sachsens waren am Jahresende mit 795 Euro pro Einwohner verschuldet.

Neben den Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich lasten auf den Kommunen 97 Mill. Euro Schulden beim öffentlichen Bereich, vor allem bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Eigenbetrieben sowie beim Land.

Einnahmen vom Land

Angesichts der noch immer relativ geringen eigenen Einnahmen der Kommunen nehmen die **Landeszuweisungen** nach wie vor einen hohen Stellenwert ein.

Besonders wichtig für die Gemeinden und Gemeindeverbände sind die Zahlungen der Schlüsselzuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs sowie die Investitionszuweisungen. Im Jahr 2011 erhielten die Thüringer Kommunen Zuweisungen und Zuschüsse für laufende und investive Zwecke vom Land in Höhe von insgesamt 2 818 Mill. Euro. Das waren 80 Mill. Euro mehr als im Jahr zuvor.

**Landeszuweisungen
gestiegen**

Die an die Gemeinden und Landkreise gezahlten Schlüsselzuweisungen vom Land bildeten mit 1 055 Mill. Euro den größten Posten dieser Zuweisungen. Hier war ein Rückgang zum Vorjahr um 19 Mill. Euro festzustellen.

Im Jahr 2011 wurden 326 Mill. Euro (Vorjahr 284 Mill. Euro) als Leistungsbeteiligung des Landes im Rahmen von Hartz IV an die Gemeinden und Gemeindeverbände gezahlt. Der Anstieg ist zu einem großen Teil auf die Finanzierung des Bildungs- und Teilhabepaketes zurückzuführen.

Zuweisungen und Zuschüsse des Landes an Gemeinden/Gemeindeverbände

Merkmal	2009		2010		2011		Veränderung 2011 zu 2010 in %
	Mill. Euro	Euro je EW	Mill. Euro	Euro je EW	Mill. Euro	Euro je EW	
Laufende Zuweisungen u. Zuschüsse vom Land	2 447	1 084	2 358	1 052	2 430	1 091	+ 3,1
allgemeine Finanzzuweisungen	1 659	735	1 534	685	1 511	679	- 1,5
übrige Zuweisungen	788	349	824	368	919	413	+ 11,5
Zuweisungen u. Zuschüsse für Investitionen vom Land	370	164	380	170	387	174	+ 1,9
Insgesamt	2 817	1 248	2 738	1 222	2 818	1 265	+ 2,9

Weitere 1 049 Mill. Euro (Vorjahr 1 000 Mill. Euro) wurden als Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke, Ersätze zum Familienleistungsausgleich, Erstattungen von Ausgaben des Verwaltungshaushalts, Bedarfszuweisungen bzw. als sonstige allgemeine Zuweisungen geleistet. Die Erhöhung der Einnahmen resultiert vollständig aus gestiegenen Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke.

Die für die Gemeindeinvestitionen wichtigen Investitionszuweisungen vom Land stiegen 2011 um 7 Mill. Euro auf insgesamt 387 Mill. Euro.

Fazit

Weiterhin hoher Anteil an Landeszuweisungen in den neuen Ländern

In Thüringen kommen 57 Prozent der gemeindlichen Einnahmen aus Landeszuweisungen. Im Durchschnitt der neuen Bundesländer liegt dieser Anteil bei 54 Prozent, in den Ländern des früheren Bundesgebietes entfallen nur 32 Prozent auf diese Einnahmequelle.

Wesentliche Einnahmequelle der Gemeinden in den Ländern des früheren Bundesgebietes sind die Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Einnahmen (40 Prozent der Gesamteinnahmen), die in den neuen Bundesländern nach wie vor eine deutlich geringere Rolle spielen (25 Prozent der Gesamteinnahmen).

Der Anteil der Steuereinnahmen an den Gesamteinnahmen hat sich in Thüringen seit Mitte der neunziger Jahre von 10 Prozent sukzessive bis auf den heutigen Anteil von 24 Prozent erhöht.

Angesichts dieser Tatsache haben die Finanztransfers des Landes an die Kommunen nach wie vor eine sehr große Bedeutung und wurden und werden bei den Diskussionen um den Landeshaushalt immer intensiv verhandelt.

Ausgaben und Einnahmen der Kernhaushalte der Gemeinden/Gemeindeverbände

Ausgabe- und Einnahmearten	Kernhaushalte		
	2010	2011	Veränderung 2011 gegenüber 2010
	Mill. Euro		%
Personalausgaben	1 283	1 308	1,9
Laufender Sachaufwand	818	850	4,0
Soziale Leistungen	1 098	1 127	2,7
Zinsausgaben	100	93	- 6,9
Sachinvestitionen	740	661	- 10,7
Sonstige Ausgaben	1 275	1 331	4,4
Abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	585	589	0,7
Gesamtausgaben ¹⁾	4 728	4 781	1,1
Steuern und steuerähnliche Einnahmen (netto)	1 031	1 186	15,0
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse vom Land	2 358	2 430	3,1
darunter			
Schlüsselzuweisungen	1 074	1 055	- 1,7
Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	610	621	1,8
Zuweisungen für Investitionen vom Land	380	387	1,9
Sonstige Einnahmen	919	907	- 1,3
Abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	585	589	0,7
Gesamteinnahmen ¹⁾	4 713	4 941	4,9
Finanzierungssaldo	- 16	160	x
Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	175	182	3,9
Schuldentilgung am Kreditmarkt	263	287	9,4
Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich am 31.12. ²⁾	2 343	2 215	- 5,5

1) ohne haushaltstechnische Verrechnungen, ohne besondere Finanzierungsvorgänge und bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene

2) Ergebnis nach der jährlichen Schuldenstatistik